

# 1. Ökonomie

## (Wiederherstellung der Deutschen Volkswirtschaft)

Jedem, der auch nur einen Augenblick darüber nachdenkt, ist eigentlich klar, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die deutsche Volkswirtschaft wiederherzustellen. Der erste Schritt zur Wiederherstellung der Wirtschaftssouveränität ist die Errichtung der nationalstaatlichen Souveränität. Deren Hauptinstrumente sind Armee und Polizei, wobei die Armee die außenpolitische Souveränität gewährleistet und die Polizei die innenpolitische. *Polizei* ist ein alter klarer Ausdruck für Innenpolitik. *Politik* aber heißt ursprünglich immer Außenpolitik, ihre Instrumente sind Armee und Diplomatie - in dieser Reihenfolge.

Nach der nationalpolitischen Souveränität kann die nationalökonomische Souveränität errichtet werden. Ihr Hauptinstrument ist der **Zoll**, d.h. die Wirtschaftspolizei. Wie die Polizei so hat auch der Zoll grenzpolizeiliche, ordnungspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Aufgaben bezüglich Zollgrenzen, Zollordnungen und Zollfahndungen zu erfüllen. Der Zoll also ist die Behörde, welche die wirtschaftliche Souveränität des Staates wahrt und die Zölle erhebt, Im- und Exportverbote und sonstige Güter- und Geldverkehrskontrollen durchführt.

Gesetz den Fall, dies funktioniere alles nach Wunsch und die politische wie wirtschaftliche Souveränität der deutschen Staaten bzw. eines wiedervereinigten Deutschen Reiches sei wiederhergestellt. Dann sind wir ungefähr dort wieder angelangt, wo wir am Anfang der gegenwärtigen Geschichtsepoche bereits standen: der Bismarckschen Reichsgründung von 1871. Und damit dann hören die großen und einfachen Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft auf und es beginnen die kleinen und schwierigen zu ihrer Vertiefung, Höherentwicklung und Verstärkung dergestalt, daß sie nicht wieder das Opfer der internationalen Hochfinanz wird.

Zwar ist es richtig, daß das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1914 einen gewaltigen industriellen Aufschwung erlebte und das Volkseinkommen in dieser Zeit real um 200% anwuchs. Richtig ist aber auch, daß schon 1873 eine tiefe Wirtschaftskrise ausbrach und bis 1895 Depressionen das wirtschaftliche Klima im Reich bestimmten. Die Bismarcksche Schutzzollpolitik sicherte den Aufbau der schwerindustriellen Basis des Reiches, aber die Wirkungen, die Kritiker der Globalisierung ihr heute zuschreiben, nämlich daß im Wettlauf der Standorte um industrielle Kapitalanlagen nur wenige Ballungsgebiete Sieger blei-

ben und die meisten Gegenden Verlierer sein werden, - dieselben Wirkungen zeigten sich schon damals in viel kleinerem Rahmen innerhalb der Grenzen des Reiches. Der Preis des Einheitsmarktes war damals schon eine ungesunde Ballung der Bevölkerung in den Industriezentren und die damit einhergehende Proletarisierung der Arbeiterschaft, folglich erstarkte die Sozialdemokratie und wurde 1912 stärkste Fraktion im Reichstag. Der reichsweite Einheitsmarkt von 1871 war also erst die einfachste Grundform der deutschen Volkswirtschaft, ihr äußerlicher Rahmen. Den in seinem Innern sich anhäufenden sozialen Sprengstoff suchte Bismarck zwar durch die Sozialgesetzgebung der 80er Jahre zu entschärfen, er war aber noch nicht in der Lage, die Entstehung solcher Gefahren vom inneren Aufbau, von der Ordnung der Volkswirtschaft her auszuschließen.

Der innere Aufbau der künftigen, der souveränen Deutschen Volkswirtschaft ist grundlegend charakterisiert in der Wirtschaftsverfassung des Deutschen Reiches, wo es heißt:

„Die wirtschaftliche Verfassung Deutschlands ist die Deutsche Volkswirtschaft. Sie ist Einheit von Wirtschaftsgemeinschaft (Eigenwirtschaft) und Wirtschaftsgesellschaft (Marktwirtschaft) des Deutschen Volkes. Marktwirtschaft dient der Gedeihenheit, Stärke und Unabhängigkeit der Eigenwirtschaft Deutschlands in allen seinen Gebieten und Haushalten. Der Markt darf nicht Zweck, sondern nur Mittel des Wirtschaftens sein.“ (Art. 15,1 RVerfE)

Der innere Wirtschaftsaufbau folgt der einfachen Regel, daß das, was in der Gemeinde hergestellt werden kann, nicht in der Region gekauft, und was in der Region zu produzieren ist, nicht im nationalen Markt erworben wird. Der innere Wirtschaftsaufbau ist somit von einer Rangordnung geprägt:

- Der Primat der Eigenwirtschaft vor der Marktwirtschaft und damit der Gemeinschaft vor der Gesellschaft!
- Der Primat der nationalen Selbstversorgung vor dem Erwerb auf dem Weltmarkt!
- Der Primat der regionalen Selbstversorgung vor dem Erwerb auf dem Nationalmarkt!

Der Reichsverfassungsentwurf sieht ferner das **Grundrecht** (d.h. unveräußerlichen Mindestbesitz an Grund und Boden nach Art. 3,1) und das **Recht auf Arbeit** (nach Art. 15,3) vor. Aus dem Grundrecht folgt ein *Recht auf Wohnung* für Obdachlose oder Wohnungsnotleidende, aus dem Recht auf Arbeit folgt zwingend ein *Berufsausbildungsrecht* für Jugendliche. Sowohl die beiden konstitutionellen Rechte als auch die aus ihnen folgenden Rechte verbieten eine rein kapitalistische Wirtschaftsform und auch nur eine bloße Marktwirtschaft, sei es des freien oder des sozialen Subtyps. Diese Rechte - unterstrichen durch den Verfassungssatz „Das Proletariat ist abgeschafft“ (Art. 15,2) - erzwingen, weil sie anders nicht einlösbar sind, eine **gemischte Wirtschaftsweise**. Sie erzwingen eine Ordnung der Wirtschaft, die sich verschiedene Systeme des Wirtschaftens einverleibt und untergeordnet hat, um sie zwecks Maximierung ihrer Leistungsfähigkeit im Gefüge der Volkswirtschaft zum Nutzen des Ganzen miteinander konkurrieren zu lassen.

In der Zeit der weltpolitischen Konkurrenz der Systeme 1949-89 war der Kapitalismus ziemlich leistungsfähig, weil er sich gezwungen sah, seine Planungskraft zu bündeln, und auch der Kommunismus war vor seiner liberalen Aufweichung wirkungsvoll, weil er sein Außenhandelsmonopol zur größten geschlossenen Nachfragemacht am Weltmarkt überhaupt zusammenfassen konnte. Aber eine bloße Kombination von plan- und marktwirtschaftlichen Elementen, von Nationalkapitalismus mit Nationalkommunismus, wäre völlig unzureichend und nicht viel erfolgreicher als die Wirtschaft des ehemaligen Jugoslawiens.

Die wirtschaftspolitische Epoche, die wir eröffnen müssen, um den angehäuften sozialen Sprengstoff entweder noch rechtzeitig vor seiner Explosion zu entschärfen oder um nach dieser sozialen und nationalen Katastrophe den Wiederaufbau in nachhaltiger und zukunftsfester Art und Weise anpacken zu können, muß also eine Zeit der volkswirtschaftlich-internalisierten Systemkonkurrenzen, also eine wirtschaftspolitische *Systemkonkurrenzordnung* sein.

Der Primat der Eigenwirtschaft und damit der Wirtschaftsgemeinschaft stellt einen vollständigen *Paradigmenwechsel* des ökonomischen Denkens der letzten 200 Jahre dar. Das alte Paradigma - in der Aufklärung als 'Vertrag' und heute als 'Markt' tituiert - führte zu der abstrusen Vorstellung, der deutsche Wohlstand hinge davon ab, ob möglichst vielen Leuten in aller Welt Präzisionsmaschinen, Chemikalien oder Luxusautomobile aus Deutschland verkauft werden können. Nur der Vorrang des Marktdenkens läßt solch gemeinschaftsschädliche Vorstellungen entstehen. Das Vertragsparadigma bzw. der Marktprimat führt nicht nur unvermeidlich zu Kapitalismus, Arbeitslosigkeit, Verelendung und Verausländerung, sondern auch zu der menschenunwürdigen Sozialpolitik, die den Rekruten der industriellen Reservearmee Arbeitslosengeld statt Arbeitsgeld zahlt, sie also dafür belohnt, daß sie „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen“, statt dafür, daß sie arbeiten und öffentliche Dienste leisten. Der gesamte Marktprimat ist unmenschlich und widernatürlich. Sogar die UNO-Liste der Menschenrechte anerkennt das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung. Deshalb begeht auch das BRD-Unrechtsregime fortwährend und millionenfach Verbrechen gegen die Menschlichkeit, - spätestens seit der Ölkrise vom Winter 1973/74, als die Arbeitslosenzahlen über die Millionengrenze sprangen, um seitdem nachhaltig zu steigen.

Um die neue Ordnung eines in die Volkswirtschaft internalisierten Systemewettkampfes zu erfassen, ist es nötig, zunächst die Bestandteile einer völkischen Eigenwirtschaft (I), dann die Hauptkategorien der nationalen Marktwirtschaft (II) und schließlich die Grundbegriffe des neuen Paradigmas einer fundierten und differenzierten, einer gesockelten und gedeckelten, einer zünftig-deutschen Volkswirtschaftsordnung (III) darzulegen, bevor sie operativ verwendet und mit ihnen eine deutsche Wirtschaftspolitik (IV) formuliert werden kann. - Dieser ganze Paradigmenwechsel wirtschaftlichen Denkens vom Markt zum Eigen(tum) ist auch deshalb nötig, weil auf Dauer der Markt ebenso enteignet wie der Kommunismus. Die Verrücktheiten, die aus der Überhöhung des Marktes

zur letzten Instanz aller wirtschaftlichen Tätigkeit folgen, zeigten sich nicht erst in der Plattmachung der DDR-Staatsökonomie, die einst zu den zehn ersten der Welt zählte und nicht erst im Verzicht auf ganze Industriezweige in Westdeutschland, in denen Deutschland einst weltführend war (z.B. Fotoindustrie, Textilindustrie, Rechnerbau, Häuserbau, Flugzeugbau, Raketenbau, Filmindustrie usw.). Die Verkehrtheit des Marktprimats zeigt sich auch im Glauben an den Export, für dessen Erlöse dann Roh- und Energiestoffe importiert werden können, die Deutschland ohne solche Exportexzesse garnicht bräuchte. Der Exportweltmeister kann ganz schnell wieder der Weltfeind seiner weltweiten Exportziele werden.

## I

Wie jedes Volk sich zuerst als Gemeinschaft begründet, um hernach sich in Gesellschaft zu zersetzen und als bürgerliche Gesellschaft sich der staatlichen Gemeinschaft wieder unterwirft und dadurch zum Gemeinwesen erhebt, so tritt auch jede Volkswirtschaft zuerst als Wirtschaftsgemeinschaft, dann als Wirtschaftsgesellschaft und endlich als Gemeinwesenwirtschaft auf. Die Wirtschaftsgemeinschaft ist insgesamt eine Eigenwirtschaft und eine Ordnung von Eigenwirtschaften.

Die geschichtliche Urform der Eigenwirtschaft ist jene Volksgemeinschaftswirtschaft, die durch Zentralverwaltung und Außenhandelsmonopol gekennzeichnet und als orientalische Despotie mit *asiatischer Produktionsweise* (Alpha) bekannt ist. Deren einheitliches Staatseigentum spaltet sich in der *antiken Produktionsweise* (Beta) in öffentliches und privates Eigentum (*ager publicus et ager privatus*). Das Patriziat ist der Staat, weil Nutzer des Staatslandes, die Plebs aber bloßer Privateigentümer, von der sich später noch das Proletariat als bloßer Selbsteigentümer abspaltet. Die Patrizier haben gegen die Plebejer, diese gegen die Proletarier und letztere gegen die Sklaven verloren, die im Kolon untergingen und in der *germanischen Produktionsweise* (Gamma) als Bauer wieder frei wurden. Diese Freiheit verloren sie dann im Feudalismus mit der Befreiung von der Heeresfolgepflicht. Im Feudalismus kehren öffentliches und privates Eigentum im Unterschied von Lehen und Allod wieder. Das Lehen ist ein (bald besitz-erblicher) Staatsbetrieb zum Unterhalt des Staatsfunktionärs und zur Bereitstellung seiner Sachmittel. War in der Antike das öffentliche Eigentum das Bestimmende, dem das Privateigentum durch konfiskatorische Leiturgien oder auch der Privateigentümer selber durch liquidierende Proskriptionen wieder anheimfallen konnte, so ist im germanischen Mittelalter das freie Grundeigentum der Privaten das Vorrangige, dem das Lehen, das öffentlich-zweckgebundene Eigentum, leicht anheimfällt.

Gegenwärtig, in der Mitte der Neuzeit, stellt sich die innere Ordnung der Eigenwirtschaft europäischer (d.h. germanischer und germanisierter) Völker als eine Rangordnung von Haushalten dar, die in der absteigenden Hälfte der Kurve sich als reine Betriebe (Un-

ternehmen) einerseits und als reine Wohn- und Versorgungshaushalte andererseits vereinseitigen. Die Wirtschaftsgemeinschaften solch eines Volkes sind also:

1. *Dörfer* als Sippen- oder Familienverbundhaushalte, die ihre Brauch- und Erzeugungsgüter ganz oder teilweise selbst herstellen.
2. *Familienhaushalte*, die ihre Brauchgüter selbst herstellen. (Bis in die Neuzeit herrschend.)
3. *Familienbetriebe* als einfache Warenproduzenten und Dienstleister.
4. *Eigenbetriebe*, a) der Privaten, die den Markt versorgen und Eigenkapital und Lohnarbeiter verwenden, b) des Staates, der sich selbst versorgt und Steuern und Lohnarbeiter verwendet und c) des Volkes, das sich selbst versorgt und Steuern oder Zwangsanleihen und Dienstberechtigte oder Dienstverpflichtete verwendet.
5. *Kapitalbetriebe*, die den Markt versorgen und einen Kapitalmarkt voraussetzen, weil sie Fremdkapital einsetzen und ansonsten Lohnarbeiter oder Lohnbetriebe benutzen. (Eigen- und Kapitalbetriebe werden auch Unternehmen genannt.)
6. *Lohnarbeiterhaushalte*, die den Arbeitsmarkt mit der Ware Arbeitskraft versorgen und insofern auch Familienbetriebe sind, aber der pädagogischen Art, in der Arbeitskräfte erzeugt, erzogen und gewartet werden.
7. *Wohnhaushalte*, die keinen Markt beliefern und nur der Versorgung ihrer Angehörigen dienen und von Versorgungshaushalten mit Haushaltsmitteln versorgt werden müssen.
8. *Versorgungshaushalte*, die keine Wohnhaushalte sind und nur der Versorgung ihrer Angehörigen mit Haushaltsmitteln dienen.

In diesen Haushaltsarten lebt das Volk, und die reinen Betriebe (Unternehmen) dienen nur als primäre Versorgungshaushalte, die den Haushalten die Haushaltsmittel bereitstellen. Sekundäre Versorgungshaushalte sind z.B. die Staatshaushalte.

Schon in den frühen Zeiten der Sippenhaushalte gibt es den Markt als Randerscheinung, die an den Grenzen der Gemeinschaften auftaucht und entweder bloße Unter- und Überschüsse ausgleicht oder dem Erwerb strategischer Güter (damals Metalle, heute NE-Metalle) als originären Weltmarktprodukten dient. Die Gesellschaft entwickelt sich also ganz organisch aus den Begegnungen der Gemeinschaften und ihrem Verkehr, und die Marktwirtschaft schiebt sich vor die Eigenwirtschaft. Der erste Markt der Geschichte entstand als Weltmarkt, mit dessen Untergang im globalen Einheitsmarkt beginnt der letzte Markt.

Wohn- und Versorgungshaushalte sind endemisch in proletarisierten, verelendeten und verausländerten Völkern, die massengesellschaftlich verformt wurden. Jede Volkserneuerungspolitik muß die Wohnhaushalte wieder mit Fähigkeiten der sich selbst versorgenden Familienhaushalte begaben und die Verbäuerlichung und Verbürgerlichung der Lohnarbeiterhaushalte fördern. Diese Politik setzt voraus, daß die meisten reinen Wohngebiete, die dazu angelegt sind, bloße Lohnarbeiter- und Wohnhaushalte in ihrem extrem versorgungsabhängigen Stand zu halten, in Wohn-Gewerbe-Gebiete oder in Wohn-

Gartenbau-Gebiete umzuwidmen, deren Ideal die Teilselbstversorgung und damit auch die Teilselbstgesetzlichkeit ist (Partialautarkie und -autonomie).

## II

Die Hauptkategorien einer nationalen Marktökonomie, also einer *Volksmarktwirtschaft*, sind die nationalen *Produktionsfaktoren* Volksboden, Volkskapital und Volksarbeitskraft. Diese müssen im Verteilungsschema eines Nationalmarktes so aufgeteilt werden, daß die Produzenten den *Produktfaktor* produzieren und anteilig an die Besitzer der Produktionsfaktoren veräußern können dergestalt, daß die verausgabten Arbeitskräfte sich reproduzieren und die Besitzer von Boden und Kapital sich erhalten, also konsumieren können. Die Produktionsfaktoren wie anschließend der Produktfaktor werden in je drei Teile zerlegt, von denen einer als Eigenfaktor in den Vermögensfond geht und die je beiden anderen Faktorteile - die Verteilungsfaktoren - in das Verteilungsschema fließen. Das *Verteilungsschema* hat zwei Abschnitte: im ersten werden die Produktionsverteilungsfaktoren verteilt, im zweiten Abschnitt die Produktverteilungsfaktoren. Diesen beiden Abschnitten des Verteilungsschemas einer Volksmarktwirtschaft entsprechen zwei *Verbrauchsschemata*: das *Schema der produktiven Konsumtion* und das *Schema der konsumtiven Produktion*. In ersterem werden Produktionsfaktoren verbraucht und der gesamte Produktfaktor hergestellt, in letzterem werden Produktfaktoren unter Hinzuziehung der Eigenproduktionsfaktoren verbraucht und die Wirtschaftssubjekte der Produktionsfaktoren reproduziert, wobei die Wiederherstellung der Klassen der Grund- und der Geldbesitzer Privatkonsum (konsumtive Privation) ist, die Wiederherstellung der Klasse der Arbeitskraftbesitzer hingegen konsumtive Produktion, weil sie den Produktionsfaktor Arbeitskraft produziert.

Der Staat steuert seine Volkswirtschaft durch sein Transfersystem, das aus den Instrumenten Steuer und Negativsteuer (Beisteuer, Subvention), Sparen und Anlegen (Negativsparen) einerseits sowie aus Export und Import, aus Zoll und Negativzoll (Außenhandelshilfe) andererseits besteht. Den privaten Außenhandel steuert der Staat zudem durch tarifäre und nichttarifäre Eingriffe, ferner kann bei den Außenhandelswaren an den Mengen, den Gütern selber und ihren Wertgrößen be-, bei- und gesteuert werden. Mengen- und Gütersteuerungen sind nichttarifär, Wertgrößensteuerungen sind tarifär. Die Gütersteuerung überwacht auch die Übertragung von Techniken ins Ausland und geht bis zu Exportverboten und zu Zwangsimporten bei Industriespionage durch staatliche Geheimdienste. Die öffentlichen Behörden der staatlichen Volkswirtschaftspolizei sind die Zollämter. Der neuzeitliche Staat ist an und für sich mittellos und lebt von seinem Transferrecht; durch dessen Wahrnehmung steuert der Staat die Volkswirtschaft auch dann, wenn er, wie bei Anwendung der reinen Freihandelslehre, weder eine Steuerungsabsicht noch ein Steuerungsziel damit verfolgt. Eine triumphierende Freihandelsdoktrin muß daher letztendlich wegen dieser ungewollten Steuerungswirkungen den Staat zum Minimal-

staat reduzieren oder ihn ganz zum Verschwinden bringen. Dies ist die kapitalistische Tendenz zum Absterben des Staates.

In einer Volkswirtschaft, in der sich die kapitalistische Produktionsweise durchgesetzt hat, besteht eine Tendenz zum Fall der Allgemeinen Profitrate des Kapitals und damit zur Krise. Der kapitalistische *Krisenzyklus* ist in Kürze folgender: Der ständig erhöhte Sachgehalt des Kapitals bei gleichbleibendem oder schrumpfenden Humananteil steigert die Produktivität (Arbeitswirkung) und führt zu unverkäuflichen Gütern und damit zum Wertverfall des Jahresprodukts. Folglich stagniert die Mehrwertmasse und bei weiter wachsendem Sachkapital kommt es zum tatsächlichen Fall der Allgemeinen Profitrate und zum Rückzug von Geld aus der Kapitalfunktion. Dann schrumpfen Produktion, Beschäftigungsrate, Produktionsmittelpreise und Löhne, also wird Kapital vernichtet. Bei gesellschaftlich gegebener Mehrwertmasse führt das zum Wiederanstieg der Allgemeinen Profitrate: Der Absturz der Masse des gesellschaftlichen Kapitals ist der Aufschwung seiner Profitabilität. Jetzt wird Geld wieder als Kapital angelegt, Unternehmen fusionieren und die Mindestkapitaleinsätze sind gestiegen. Nach den Krisenwirkungen wirken wieder die Krisenursachen.

Der Weltmarkt ist ein Ausweg aus einer allgemeinkapitalistischen Krise im Inland, was zu einem Weltmarktwirtschaftssystem aus mehreren Nationalökonomien führt. Eine Krise des Weltmarktes aufgrund fallender Renditen läßt den Weltmarkt schrumpfen und die Binnen- und Eigenwirtschaften wachsen (Importsubstitution und Exporterübrigung), weil eine Weltkrise der Marktwirtschaft keine Wirtschaftskrise sein muß. Die Weltmarktkrise von 1929-33 wurde in Deutschland durch eine sozialökonomische Revolution und die (noch unvollkommene) Errichtung einer nachkapitalistischen Ordnung überwunden, - gemäß der Vorhersage, daß dies zuerst im höchstentwickelten Land geschehen würde. Dadurch wurde Deutschland - das beinahe die nationalsozialistische Weltrevolution ausgelöst hätte - das Opfer einer Weltkonterrevolution.

Der gegenwärtige Triumph des global nomadisierenden Finanz- und Monopolkapitals endet in der Tyranisierung aller anderen, mehr oder weniger national und industriell gebundener Kapitalfraktionen und in der Beseitigung ihrer Reservate, der Nationalökonomien mit ihren geschützten Binnenmärkten. Nachdem also der Weltmarkt im Globalmarkt untergegangen ist, wird die erste allgemeinkapitalistische Krise gleich zur Globalkrise führen, mit einer Globalverelendung im Gefolge.

### III

Eine zünftige deutsche Volkswirtschaft mit dem Primat der Eigen- vor der Marktwirtschaft ist keine kapitalistische Bedarfsweckungs-, sondern eine Bedarfsdeckungswirtschaft, eine Dienerin des Gemeinwesens der Deutschen. Alle Eigenwirtschaft ist *Gemeinschaftswirtschaft* und alle Marktwirtschaft ist *Gesellschaftswirtschaft*, die reelle Nationalökonomie

aber ist *Gemeinwesenwirtschaft*, in der die gesellschaftlichen oder Marktbelange den gemeinschaftlichen oder Eigenbelangen des ganzen Volkes wieder untertan gemacht sind, ohne natürlich das Daseinsrecht dieser Untertanen und die Pflicht der Gemeinschaft, sie zu schützen, in Frage zu stellen. Zunächst ist aber zu betrachten, wie sich die reelle Nationalökonomie von reinen Zunft-, Monetär- und Merkantilssystemen unterscheidet.

Die Zunft sichert die Handwerker, der Monetarismus die inländische Liquiditätspräferenz und das Merkantilsystem die Staatseinnahmen und die Staatsversorgung. Hingegen der Eigenwirtschaftsprimat des deutschen Volkes sichert seine Eigenherrschaft (Deutsche Volksherrschaft) und damit die Grundlage seiner wirtschaftlichen Souveränität, die erst die Aufstellung von nationalen Wohlfahrtszielen gestattet.

Von der Zunft wird wiederbelebt die Angebotssicherung eines örtlichen Bedarfs durch örtliche Hersteller, die Volksdeutsche sein müssen. Um das zu ermöglichen, bedarf es der Vollmachten der Gemeinden und übrigen Gebietskörperschaften unterhalb des Gesamtstaatsgebietes zur *Binnenzollmacht*. Die ineinandergeschachtelten Binnenzollgebiete dürfen nicht souverän sein, d.h. von der vollen Zollhoheit trennt sie die Tatsache, daß sie kein Außenzollraum sind und folglich weder Transitzölle noch Durchfuhrverbote verordnen können.

Die Produktion muß nicht nur im Lande gehalten werden, sondern auch im Ländle. Sie muß mehr oder weniger gleichmäßig über das Staatsgebiet verteilt sein. Die Ortszunft sichert den Markt einer Lokalbranche, das Merkantilsystem die Umsatzsteuer. Die Deutsche Volkswirtschaft aber sichert sowohl Bedarf wie Beschäftigung des deutschen Volkes insgesamt, als auch jedes einzelnen Volksgenossen, der das verfassungsgarantierte Recht auf Arbeit und auf Grund und Boden (damit auf Berufsausbildung und auf Wohnung) hat. Diese Ziele lassen sich aber nicht mit einer bloßen Marktsicherung (und der Merkantilismus ist eine territorialstaatliche und steuertheoretische Fortbildung der Zunftpolitik) erreichen.

Werden die Kollektivziele der Deutschen Volkswirtschaft verwirklicht, dann vermehrt sich die Volkszahl, verbessern sich Qualifikation und Gesundheitszustand des Volkes, was insgesamt zur Steigerung von Arbeitseifer und Arbeitswirkung führt. Die benötigte Arbeitsmenge, die zum Erhalt des deutschen Volkes auf gegebener Anspruchshöhe erforderlich ist, wird eher sinken oder doch stagnieren, als so stark zu steigen, daß die wachsende Zahl der Arbeitskräfte vom Markt auch aufgesogen wird. Die vergrößerte Gesamtarbeitskraft des Volkes ist die eigenwirtschaftliche Stärkung und kann nicht vom Markt, einer bloß dienenden Einrichtung, wieder nachgefragt werden. Denn was sollte auch die steigende Qualifikation und Produktivität, wenn sie nicht Arbeitskraft aus dem Arbeitsprozeß dauerhaft freisetzt und stattdessen und letzten Endes zu mehr Arbeit führen würde als zuvor. Kurzum: Der ganze Erfolg der wiederhergestellten Volkswirtschaft drückt sich in qualitativ und quantitativ erhöhter Volksarbeitskraft aus, gerade nicht aber in mehr Arbeit für das Volk.



Dieser Kraftzuwachs des Volkes als ganzem wird nur von einer gemischten Wirtschaftsweise hervorgebracht und kann nur von ihr sinnvoll plaziert werden - entweder in eine erhöhte Schlagkraft des deutschen Militärstaates, oder in gesamt-nationale Arbeitsvorhaben, die nicht dem Reiche der Notwendigkeit entspringen, also nicht der Sicherung des deutschen Volksbedarfs auf gegebener Anspruchshöhe, sondern dem Reich der Freiheit. Für frei gesetzte Ziele der Gemeinschaft wie der Einzelnen, die nicht der Notdurft des bisherigen Lebens entspringen, ist also der Zuwachs an Volksarbeitskraft verwendbar. **Organisation des Reiches der Freiheit** ist also der vornehme Teil der Aufgaben der Gemeinwesenwirtschaft, der über die Koordinierung von Gemeinschafts- und Gesellschaftswirtschaft hinausgeht.

Die Marktsicherungspolitik der Zünfte ist ein gebundenes Gruppenmonopol, das nicht frei ist, seine Macht auszunutzen. Die Zunft hat in einem Gruppenvertrag mit den Konsumenten einer Gemeinde sich selbst gebunden. Dieser Gruppenvertrag beinhaltet eine Abnahme- und Qualitätsgarantie für ein Warenkontingent zum gerechten Preis. Die Zunft ist ein remanziertes Oligopol, das Oligopol eine emanzipierte Zunft ohne institutionellen Rahmen. Will die politische Führung einen Orts-, Landschafts-, Gebiets- oder Nationalmarkt für eine Güterart schaffen und also das Land industrialisieren, muß sie zuerst diesen institutionellen Rahmen schaffen und zeitlich begrenzte Monopole, also Märkte, vergeben. Friedrich II. von Preußen gewährte diese auf acht oder zehn Jahre. Märkte, die von lokalen oder regionalen Herstellern versorgbar sind, müssen von Lokal- oder Regionalbehörden zusammen mit dem lokalen oder regionalen Herstellungsstandort vergeben werden. Hingegen Erstell- und Erlösräume, d.h. Standorte und Märkte, die nur von einer nationalen Industrie rationell zu beliefern sind, müssen von Nationalbehörden an eine Gruppe von deutschen Unternehmen vergeben werden, die den gesamten deutschen Nationalmarkt als Binnenmarkt benötigen. Wird ein Industriezweig neu- oder wiederbe-gründet, dann gilt der Zunftschutz nur für acht oder zehn Jahre. Nach Ablauf dieser Etablierungs- und Konsolidierungsphase wird das Gruppenmonopol beendet und es beginnt der Schutz und die Steuerung der nationalen, regionalen und lokalen Marktwirtschaft durch die Zollräume der erhebungsberechtigten Gebietskörperschaften. Aufhebbarkeit des Freihandels auch im nationalen Binnenraum und Erhebbarkeit von **Binnen-zöllen** sind also die neuen Instrumente, die die deutsche Wirtschaftsverfassung über das Geschichtsniveau von 1871 erheben.

Das Gemeinwesen, als Politik wie als Wirtschaft, lebt zunächst nur als eine Gesellschaft, die sich der Gemeinschaft untertan und dienstbar macht, somit als bürgerliche Gesellschaft, die ihrem Staat gehorcht. Die reelle deutsche Nationalökonomie hat als eigenwirtschaftliches Hauptinstrument die Möglichkeit, Eigenbetriebe des Staates wie des Volkes zu errichten. Die zivilen Staatsbetriebe wie der militärstaatliche Komplex von Betrieben und Einrichtungen des Reichsarbeitsdienstes, der längerfristig stellungslosen Reichsdeutschen das Recht auf Arbeit (gemäß Art.15,3 RVerfE) sicherstellt, gehören zu

den primären Eigenwirtschaften einer jeden Gemeinschaftswirtschaft, für die es zahllose geschichtliche Beispiele gibt. Erst die Kombination dieses gemeinschaftswirtschaftlichen Sektors mit der gesellschaftswirtschaftlichen Ordnungs- und Steuerpolitik, erst die Ausrichtung beider auf Wohlfahrtsziele des deutschen Volkes insgesamt, kann Gemeinwesenwirtschaft - reelle deutsche Nationalökonomie - genannt werden. Darüberhinaus sind für nationale Gesamtwerke von mythengründender oder mythenerneuender Größe Eigenbetriebe des Volkes denkbar, die mit nationalen Zwangsanleihen und Dienstverpflichtungen betrieben würden.

Die nicht nur wiederhergestellte, sondern auch vertiefte und verbreiterte Deutsche Volkswirtschaft im Vollsinn des Gemeinwesens, einer prozessierenden Einheit von Gemeinschaft und Gesellschaft, ist nur mit Hilfe einiger neuer Begriffe beschreibbar. Zu unterscheiden ist der Binnenmarkt von den Auslandsmärkten und vom Weltmarkt. *Auslandsmärkte* sind je einer oder je einige auswärtige Nationalmärkte, mit denen Handelsverträge auf der Basis von Beschäftigungs- und Bilanzneutralität bestehen und die daher binnenwirtschaftlich integriert sind. Der *Weltmarkt* hingegen sind alle auswärtigen Nationalmärkte, mit denen diese Integration unmöglich ist. (Der *Globalmarkt* ist der totale Einheitsmarkt, der übrigbleibt, wenn alle National- und Gebietsmärkte zerstört, also alle Grenzen geöffnet und daher auch alle Weltmärkte verschwunden sind.) Der *Binnenmarkt* besteht aus *Gebietsmärkten* und dem *Nationalmarkt*, die Gebietsmärkte sind *Gemeindemärkte*, *Kreismärkte* und *Bezirksmärkte*. Markt überhaupt ist die Entsprechungen von Angebot und Nachfrage in einem Gebiet und in einer Zeit, und **Märkte** sind diese Entsprechungen in einem Herstellungszweig. *Garantiemärkte* sind 80% des Durchschnittsverbrauchs eines Zollraumes, für die eine Abnahmegarantie der marktvergebenden Gebietskörperschaft besteht, wobei die nötigen Aufkauffonds umlage- oder steuerfinanziert sein können. Solche Garantiemärkte sind *Sockel* der Produktion, die durch einen entsprechenden *Deckel* bei 120% des Durchschnittsbedarfs ergänzt werden können. Alle Märkte, ob nun gesockelt und gedeckelt oder nicht, sind **Zollräume** von zollerhebungsberechtigten Gebietskörperschaften. Der *Außenzollraum* ist der souveräne Zollraum, der Transitzölle erheben und Durchfuhrverbote erlassen darf, die *Binnenzollräume* dürfen das nicht und sind unsouverän.

#### IV

Nachdem Deutschland entausländert und von militärischen und zivilen Besatzungen befreit und also die Souveränität des Deutschen Volkes und die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wiederhergestellt ist, beschließt die Reichsführung (Reichsoberhaupt, Reichkanzler und Reichsmarschall), die *Wirtschaftspolitik* auf folgende **Ziele** zu richten:

- Beseitigung der globalökonomischen Wüstungen in Deutschland!
- Reparatur des völkischen Sozietops der Deutschen und ökologische Reformation der deutschen Industrie!

- Wiederherstellung der nationalen Sozialstruktur!
- Rekultivierung der Zivilisation in Deutschland! (Vergemeinschaftung und Verinnerlichung wertvoller Veräußerlichungen der deutschen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.)
- Errichtung einer harmonischen, auf das ganze Land wohlverteilten Kreislaufwirtschaft, die dem Souverän willig dient und jedem Deutschen eine angemessen-anspruchsvolle Arbeit bietet!

Zum Zwecke der Verwirklichung dieser Ziele ordnet die Führung des Reiches folgende wirtschaftspolitischen **Maßnahmen** an, die umgehend von den zuständigen Stellen in Regierung und Regiment des Reiches auszuführen sind:

1. *Freihandelsgebot* für deutsche Spitzenindustrien.
2. *Freihandelsverbot* für Nationalmarktzeige, in denen Deutschland nicht weltführend ist.
3. *Freihandelspeitsche* gegen deutsche Industrien, deren technische oder ökonomische Leistungsfähigkeit unter den Weltdurchschnitt sinkt.
4. *Einfuhrhalbierung* binnen eines halben Jahres in Binnenmärkte, die von keiner oder unbedeutender inländischer Industrie versorgt werden.
5. *Einfuhrverbote* binnen eines Jahres in Binnenmärkte, die von keiner oder unbedeutender inländischer Industrie versorgt werden.
6. *Zeitmonopole* an neu- oder wiederzugründende deutsche Industrien.
7. *Ausfuhrzölle* für inländische Industrien, die zur nationalen Selbstversorgung über ausreichende Kapazitäten verfügen, aber wegen Importen in den Export ausweichen.
8. *Einfuhrzölle* auf Gütergruppen mit deutscher Selbstversorgungskapazität.
9. *Standortwettbewerbsverbot* im deutschen Binnenmarkt.
10. *Standortzuweisungsrecht* von Reichsregierung und -regiment für industrielle Unternehmen des Nationalmarktes.
11. *Standortvorwahlrecht* gegenüber den Gebietsindustrien für binnenzollerhebende Gebietskörperschaften.
12. *Binnenzollmacht* für Gemeinden, Kreise und Bezirke des Reiches in Gebietszweigmärkten.
13. *Märktevergabe* für Zweige des Binnenmarktes insgesamt oder der Gebietsbranchenmärkte durch die zuständigen Gebietskörperschaften.
14. *Immobilispekulationsverbot* zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Grundrechten, Gewerbegrundstücken sowie Wohn-, Wohn-Gartenbau- und Wohn-Gewerbegebieten.
15. *Kapitalispekulationsverbot* zur Sicherung ausreichender Mittel der Unternehmen (Eigen- und Kapitalbetriebe), Familienhaushalte und Familienbetriebe.

16. *Landwirtschaftsautarkie* und vollständige Umstellung auf ökologischen Landbau in sieben Jahren.

17. *Hochzölle* auf Südfrüchte, Gewürze, exotische Genußmittel und ausländische Luxusgüter.

Die *Wirtschaftssysteme* Privatmarkt-, Privateigen-, Staatseigen- und Staatsmarktwirtschaft unter nationalökonomischer oder nationalökologischer Betriebsweise werden in der Gemeinwesenwirtschaft miteinander konkurrieren. So wie die Einzelnen und die Familien entscheiden können, ob sie ihre Arbeitskraft auf dem Markt vermieten oder im Familien- oder Subsistenzbetrieb anwenden, so wird auch der Staat und die gesamte Nation die Wahl zwischen Markterwerb und Selbstversorgung haben. In verschiedenen Lagen werden die konkurrierenden Wirtschaftsweisen unterschiedlich leistungsfähig sein. Es ist mit einem Pulsieren der Systempräferenz zu rechnen.

Die Wirtschaftspolitik einer Nation ist nicht ohne eine bestimmte Militärdoktrin zu denken. Das Konzept des Primats der Eigenwirtschaft und der tendenziellen Autarkisierung rechnet mit dem Fortbestand der existentiellen Freund-Feind-Unterscheidung, also mit dem Wechsel von Krieg und Frieden, von strittigen Rechtserzwingungen und unstrittigen Rechtszuständen. Dies ist einerseits schon eine Allgegenwart wie eine unmittelbare Perspektive, andererseits kann kein Gemeinwesen sinnvoll wirtschaften ohne Perspektiven, -nahe und fernere. Folglich sind immer nationale Großvorhaben im Eigenbetrieb nötig: Gesamtanstrengungen eines Volkes, bei denen wirtschafts-, militär- und kulturpolitischen Gesichtspunkte nicht mehr trennbar sind.

Unsere gedachte Reichsführung könnte die folgenden deutschen Nationalunternehmungen beschließen und den Reichsarbeitsdienst (RAD) mit der Ausführung beauftragen:

- **Unternehmen Kyffhäuser.** Befestigung der Gaue und Gebiete des Reiches durch Einsatz des RAD und des Gebietsheeres, um letzteres gemäß der Doktrin der nachhaltigen Landesverteidigung („Standkraft geht vor Schlagkraft!“) in den Stand zu setzen, eine übermächtige Defensivkraft aufzubauen, die es Deutschland ermöglicht, die lebendigen Kräfte des konzentrischen Angriffs einer antideutschen Weltkoalition zu vernichten. Zu diesem Zweck sollen alle Gaue militärisch verkammert, befestet, unterbunkert und mit ausreichenden Depots und wohltrainierten (Miliz-)Truppen gefüllt werden, damit sie zur Aufreibung eingedrungener Feindtruppen, zur Freihaltung des Luftraumes und zur Abwehr von Angriffen aus dem nahen Weltraum fähig sind. Den Offensivtruppen der Reichswehr bleibt dann die Vernichtung feindlicher Truppenreste und die Einnahme von Faustpfändern. Die Militärdoktrin der nachhaltigen Landesverteidigung durch übermächtige Defensivkräfte würde bei einer Gebietsstreitmacht von ungefähr 10 Millionen Männern und Frauen eine offensive Präsenzstreitmacht der Reichswehr von einer halben Million Mann (!) in Friedens- und einer Million Mann in Kriegszeiten voraussetzen.

- **Unternehmen Alpenfestung.** Die Alpenquerungen werden untertunnelt, um das alpenländische Biotop und das bergdeutsche Soziotop vor Verkehrsbelästigung und Zivilisationsschäden zu schützen. Die Alpentunnel werden so angelegt, daß sie zugleich dem Zivilschutz als Bunker und der Landesverteidigung als Festungen dienen.
- **Unternehmen Rubezahl.** Die deutschen Wälder werden zur Wiedervertiefung der deutschen Seele, zur Verbesserung des vaterländischen Biotops und zur Ausdehnung der Bodendeckung für die nachhaltige Landesverteidigung netzartig verbunden, so daß Deutschland in allen Richtungen auf Waldwegen durchwandert werden kann.
- **Unternehmen Heimkehr.** Nach der Rückgabe der deutschen Ostgebiete wird unter Aufbietung der nationalen Gesamtkraft des deutschen Volkes, unter Anwendung von Zwangsanleihen und Dienstverpflichtungen, der historisch gewordene Zustand der deutschen Ostgebiete von 1914 und 1939 wiederhergestellt und dann gemäß den Grundsätzen der völkisch-ökologischen Reformation erneuert, peupliert und in Gang gesetzt.
- **Unternehmen Humboldt.** Die originellsten und fähigsten deutschen Forscher zusammen mit dem begabtesten und ehrgeizigsten Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses werden vom Reichsarbeitsdienst einberufen, zu Forschungskompanien rekrutiert und zu einer Offensive in der Stellung und Neubeantwortung von Grundsatzfragen kommandiert, um den deutschen Geist die wissenschaftliche Offensive zurückzugewinnen. (Während des RAD-Einsatzes der Forschungskompanien sind Gehaltsanweisungen unterbunden, lediglich der Grundsold für Frontsoldaten wird ausbezahlt.)
- **Unternehmen Atlantis.** Zwischen Helgoland und der Eidermündung wird eine Kette großer Inseln vom Meeresboden her errichtet, um einerseits Land von der Nordsee zurück zu gewinnen und um andererseits einen Mythos der Frühgeschichte Deutschlands wieder zu beleben.